

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Februar 2013

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

In Verantwortung für Deutschland

Die Finanzkrise hat 2008 ihren ersten Höhepunkt erreicht, verursacht von Managern getrieben nach Gewinnstreben und Gier – nicht nur im Finanzsektor. Maßlosigkeit hat in diese Krise mit Wohlstandsversprechen und Wachstumsphantasien, Gutgläubigkeit und überzogenen Erwartungen geführt. Aus der ursprünglichen Verantwortung von Führungskräften entwickelten sich die Verantwortungskrise, dann die Wirtschaftskrise und schließlich die Staatsschuldenkrise, weil Ansprüche und Anstrengungen einander nicht mehr entsprachen. Deutschland hat die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Schuldenkrise einiger Euro-Länder verhältnismäßig gut überstanden, dank der vorausgehenden Reformen und Konjunkturprogramme. Die Arbeitslosenzahlen sind verglichen mit unseren europäischen Nachbarn besser und die Wirtschaftskraft ist stabil. Die erfreuliche Verbesserung der **Finanzlage in den Sozialhaushalten** lässt sich daher vor allem auf die günstige Beschäftigungslage und den Rückgang der Arbeitslosigkeit zurückführen. Auch die wirksam werdenden demografisch bedingten Belastungen sind in der Zukunft sehr viel leichter zu verkraften, wenn es gelingt, das Beschäftigungsniveau in Deutschland weiter zu erhöhen.




Matthias Strebl
Bundesvorsitzender

Deutschland ist ein Sozialstaat, der ein unverzichtbarer Bestandteil unserer modernen Gesellschaft und Wirtschaft ist. Zwar sind die Voraussetzungen, durch die neue Qualität der Globalisierung, die die Option der Unternehmen erweitert und den Handlungsspielraum nationaler Sozialpolitik begrenzt, schwieriger geworden. Aber ein sozialstaatliches System, wie hier zu Lande, muss in diesem verschärften globalen Konkurrenzkampf keineswegs unterliegen. Internationale Vergleiche zeigen, dass es zwischen Sozialleistungsniveau einerseits und Wachstumsrate, Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsniveau andererseits keine eindeutigen Zusammenhänge gibt. Stattdessen zeigt sich, dass **soziale Unsicherheit** in einer weltwirtschaftlichen Situation, die die Betriebe und die Beschäftigten unter einen radikalen Modernisierungsdruck stellt, als Leistungs- und Motivationsbremse wirkt und den wirtschaftlichen Strukturwandel behindert. Ein **Unterbietungswettbewerb im Sinne eines Sozialdumpings** ist deshalb kontraproduktiv und muss daher durch eine stärkere Abstimmung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zumindest auf europäischer Ebene **verhindert werden**.

Rechtzeitiges gemeinsames Handeln der Tarifpartner und Politik ist angesagt, gegen die Veränderungen im Erwerbsleben in Richtung einer Ausweitung von prekären Arbeitsverhältnissen und Niedriglohnbeschäftigte, insbesondere das Ansteigen der Einkommensarmut, signalisieren dringenden Handlungsbedarf. Entscheidend für die Stabilität und Entwicklung des Sozialstaates ist eine verlässliche Finanzierung der Systeme der sozialen Sicherung. **Verlässlichkeit** bezieht sich dabei nicht nur auf das Niveau des Aufkommens von Steuern und Beiträgen alleine, sondern auch auf Lastenverteilung und Gerechtigkeitsmaßstäbe jenseits von Leistungsgerechtigkeit, weil nur so die Akzeptanz des Systems gesichert werden kann.

Matthias Strebl
CGB-Bundesvorsitzender

Aktuelles Thema

Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) „Nicht der Mindestlohn in der Zeitarbeit ist das

Problem - sondern das für gleiche Arbeit schlechter bezahlt wird!“ DGB - Zeitarbeitsfirma Weitblick ohne Mindestlohn - DGB Tarifwerke durchbrechen den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“



Saarbrücken/ca/07.02.2013: Die Saarbrücker Zeitung berichtete in seiner Wochenendausgabe (19./20.01.2013) das die DGB-Tochter „Weitblick“ (Zeitarbeitsfirma) in Neunkirchen ohne Einhaltung des Mindestlohn Zeitarbeitskräfte im Einzelhandel des Saarlandes und Rheinland-Pfalz suchte.

Nach dem dieses Jobangebot in der Jobbörse der Arbeitsagentur (Referenznummer 1000-1091764970-S) bekannt wurde, rudert die DGB Tochter zurück und zahlt einen Mindestlohn von 8,50 Euro.



Nico Caló

Das Problem ist aber für den DGB immer noch nicht gelöst, denn die DGB Kampagne heißt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und somit erhalten die Beschäftigten der DGB Zeitarbeitsfirma immer noch nicht den gleichen Lohn der Beschäftigten im Einzelhandel, so der Geschäftsführer der Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD), Nico Caló. Die Spanne der Grundvergütung liegt hier zwischen 10,- und 12,- Euro und somit über dem was die DGB Tochterfirma bezahlt. „Dem Motto „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ wird sie also nicht gerecht“, stellt der GÖD - Geschäftsführer Nico Caló, fest.

Der CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) und die Mitgliedsgewerkschaften des CGB's haben ihre Tarifpartnerschaft in der Zeitarbeitsbranche beendet, wie der Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP) auf seiner Internetseite mitteilte, und

stellt weiter zutreffend fest, dass der gesetzliche „Equal-Treatment“-Grundsatz gelte, wenn nicht die BAP-DGB-Tarifwerke zur Grundlage der Arbeitsverträge gemacht wird. Das Motto: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ kann also zukünftig nur noch von einem DGB Tarifwerk durchbrochen werden, stellt der GÖD Geschäftsführer Nico Caló fest und fährt fort:“ Das gewerkschaftliche Ziel muss bleiben, dass in der Frage des Lohn- und Gehaltsgefüges eine Spaltung der Belegschaft nicht hingenommen werden darf“.

PM GÖD vom 07.02.2013

* * * *

Aus den Gewerkschaften



CGB im Dialog mit der Vorsitzenden der CSU Landesgruppe Gerda Hasselfeldt

Am 26. November 2012 diskutierten Vertreter des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) aktuelle sozialpolitische Themen mit der Vorsitzenden der CSU Landesgruppe im Deutschen Bundestag Gerda Hasselfeldt. Gerda Hasselfeldt begrüßte den Bundesvorsitzenden des CGB Matthäus Strebl, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden des CGB Jörg Hebsacker, sowie die Bundesgeschäftsführerin Anne Kiesow und den Generalsekretär Christian Hertzog freundlich und zu Beginn des Gesprächs deutlich, dass die dringenden sozialen Herausforderungen nur in Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit gelöst werden können.

In der Diskussion kristallisierten sich gemeinsame Ansichten in der Verminderung und Verhinderung der Altersarmut heraus. So war man sich einig, dass bloße Änderungen im Rentensystem allein nicht ausreichen werden, vielmehr müssen Renten-, Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik gemeinsam für höhere Rentenanwartschaften sorgen. Für Diskussionsstoff sorgte dagegen die Absenkung des Rentenniveaus. Matthäus Strebl machte deutlich, dass eine Absenkung des Rentenniveaus nicht, wie ursprünglich geplant, vorgenommen werden dürfe. Angesichts der Entwicklung müsse dies überdacht werden. Nach Ansicht des CGB Bundesvorsitzenden dürfe das Rentenniveau nicht unter den Wert von 50 % des letzten Einkommens sinken.

Weiteres wichtiges Gesprächsthema war das Betreuungsgeld. Auch hier gingen die Meinungen auseinander. So wichtig das Betreuungsgeld nach der Ansicht von Frau Hasselfeldt für Familien ist, die ihre Kinder zu Hause betreuen, so darf es nach Auffassung der CGB Bundesgeschäftsführerin Anne Kiesow aber auch nicht als vergleichsweise preiswerter Ersatz für fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten verstanden werden.

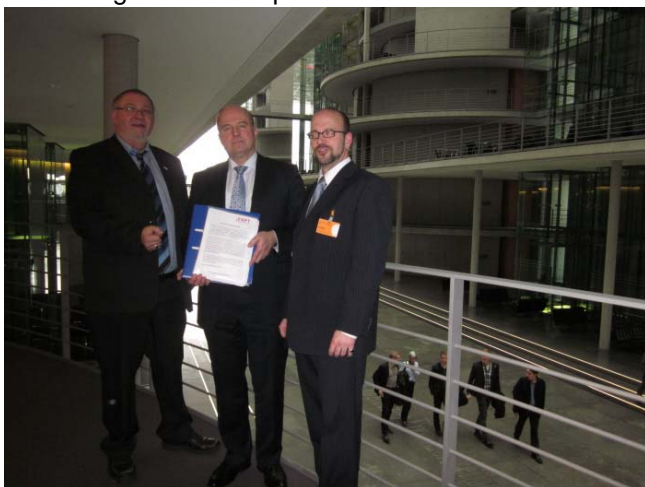
Der konstruktive Meinungs austausch endete mit der Absicht in diesen schwierigen sozialen Fragen weiter im Dialog zu bleiben und sich regelmäßig auszutauschen.

PM CGB im Dezember 2012

* * * *

Pendlerpauschale - Unterschriften überreicht

Ulrich Bösl (CGPT) und Björn Zirzlaff (CGM) übergaben dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Hartmut Koschyk, MdB mehr als 10 000 gesammelte Unterschriften für die Anhebung der Pendlerpauschale auf 40 Cent.



v.r.n.l. Ulrich Bösl, Hartmut Koschyk, Björn Zirzlaff

Die Christlichen Gewerkschaften CGPT und CGM machen sich hier durch eine Unterschriftenaktion für eine Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark. Sie machten im Gespräch mit dem Staatssekretär deutlich, dass durch die ständig steigenden Benzin, Strom und Gaspreise die Arbeitnehmerhaushalte massiv belastet würden. Staatssekretär Koschyk, der die Unterschriften annahm, betonte dass er keine schnelle Hilfe versprechen kann, aber das Anliegen der CGPT und CGM im Finanzministerium vortragen wird.

PM CGB im Januar 2013

* * * *

Tarifabschluss Volksbanken und Raiffeisenbanken nach hartem Ringen



Nach hartem Ringen konnten die Berufsgewerkschaft DHV und der Arbeitgeberverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (AVR) sich am heutigen Tag auf einen akzeptablen Tarifabschluss verständigen:

Einmalzahlung im Dezember 2012 für alle Beschäftigten: 15 % des monatlichen Gehalts und der Auszubildendenvergütung, 2,7 % Gehaltserhöhung zum 01.01.2013, Erhöhung der Auszubildendenvergütungen um 50 € zum 01.01.2013, 1,3 % Erhöhung der Gehälter und Auszubildendenvergütungen zum 01.01.2014, Freistellung zur Nutzung von medizinischen Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten (Gesundheitstag) sowie zur Vorsorge: Ein halber Tag pro Kalenderjahr, Verlängerung des Altersteilzeitarifvertrages bis zum 31.12.2014. Hinzu kommen eine gemeinsame Erklärung zur Ausbildung und Übernahme von Auszubildenden, eine gemeinsame Erklärung zum Anlegerschutzgesetz, sowie die Laufzeit des Gehaltstarifvertrages bis zum 31.08.2014.

Die **DHV-Tarifkommission** bewertet den Tarifabschluss vor allem aus folgenden Aspekten als einen mit einem akzeptablen **Mehrwert für die Beschäftigten**:

Das erste Arbeitgeberangebot sah lediglich ein Gehaltsangebot von 2,2 % bei einer Laufzeit bis 28.02.2014 vor. Die angebotene Einmalzahlung belief sich auf 10 % des Dezembergehalts 2012. Die Arbeitgeberseite erhöhte nach einer hart geführten Diskussion auf ein zweistufiges Gehaltsangebot von 2,3 % ab 01.01.2013 und von 1,3 % ab 01.01.2013 bei einer Laufzeit bis 31.12.2013. Nach diesem Angebot standen die Verhandlungen auf der Kippe. Erst das erneut deutlich verbesserte Arbeitgeberangebot bei der linearen Gehaltserhöhung und bei der Einmalzahlung in Verbindung mit dem Gesundheitstag konnte die DHV-Tarifkommission überzeugen.

Als Kompensation für 4 Nullmonate ab September 2012 erhalten die Beschäftigten im Dezember 2012 eine Einmalzahlung in Höhe von 15 % des Dezembergehalts. Maximal beträgt die Einmalzahlung 660 Euro. Ein Beschäftigter in der Endstufe der Tarifgruppe 5 erhält z.B. rund 470 € Einmalzahlung.

Die DHV konnte ihre Forderung nach Einführung eines Gesundheitstages zu einem guten Teil durchsetzen. DHV und AVR haben mit dem Anspruch der Beschäftigten auf Freistellung von der Arbeit für die Inanspruchnahme von medizinischen Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten und zur Vorsorge tarifpolitisches Neuland beschritten: Die Tarifierung eines Anspruchs auf einen halben Gesundheitstag pro Jahr ist bisher ein einzigartiges tarifpolitisches Instrument zur Förderung der Gesundheit der Beschäftigten! Die DHV begrüßt, dass sich der AVR in dieser Frage bewegt hat.

Seit 2008 lagen die Tabellenvergütungen der Volks- und Raiffeisenbanken über denen der Privatbanken. Mit den Gehaltserhöhungen 2013 und 2014 liegen die Volks- und Raiffeisenbanken weiter vorne.

Die Altersteilzeit ist für die DHV ein wichtiges Instrument für einen sozialverträglichen Übergang in den Ruhestand. Die DHV begrüßt daher die Verlängerung des Altersteilzeitarifvertrages bis Ende 2014! DHV

und AVR appellieren in der Erklärung, Auszubildende in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

PM DHV im Dezember 2013

* * * *



Berlin, den 21. Januar 2013: Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) begrüßt den Gesetzentwurf der Regierung zur Erleichterung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege, fordert aber weitere Maßnahmen und Initiativen im Bereich der Altenpflege.

Der drohende Fachkräftemangel gerade im Bereich der Altenpflege ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dem schnellstmöglich begegnet werden muss. Die Lebenserwartung steigt dank des medizinischen Fortschritts stetig an, gleichzeitig steigt aber auch der Pflegebedarf älterer Menschen. Diese Entwicklung kann mit den Kolleginnen und Kollegen, die in den Pflegebereichen tätig sind bereits heute kaum bewältigt werden. Mit einer Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive allen wird dem Problem aber nicht zu begegnen sein. Vielmehr müssen auch die Arbeitsbedingungen und Vergütungen in der stationären, vor allem aber in der mobilen Altenpflege deutlich verbessert werden.

„Der Schritt der Bundesregierung, dem Mangel an Fachkräften durch eine Stärkung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu begegnen, ist ein wichtiger Schritt, darf aber nicht der einzige sein“, findet der Generalsekretär des Christlichen Gewerkschaftsbundes Christian Hertzog. „Bevor Ausbildungen verkürzt werden können, wie es der Gesetzentwurf vorsieht, müssen zunächst einmal Kolleginnen und Kollegen überzeugt werden, sich für einen Beruf in der Pflege zu entscheiden“, so Hertzog weiter.

„Wenn die Berufsbilder und Beschäftigungsmodalitäten, insbesondere das Einkommen sich nicht deutlich verbessern, wird diese Ausbildungsinitiative kaum etwas bewirken“, ergänzt die Bundesgeschäftsführerin des CGB Anne Kiesow. „Hier sind in erster Linie die Sozialversicherungen als Kostenträger gefordert, die erkennen müssen, dass die Altenpflege ausreichend finanziert werden muss, um betroffenen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.“ bekräftigt Anne Kiesow.

Der CGB fordert daher die Bundesregierung auf, neben der notwendigen Stärkung der Aus- und Weiterbildung auch dafür Sorge zu tragen, dass sich die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Kolleginnen und Kollegen in der Altenpflege deutlich verbessern, um die Pflegeberufe insgesamt attraktiver zu machen.

PM CGB vom 21. Januar 2013

Ralf Brauksiepe und Oskar Burkert MdL beim CGB NRW

In Duisburg fand am 11.01.13 die Landesvorstandssitzung des CGB NRW statt.

Der Landesvorsitzende Ulrich Bösl konnte den CDA Landeschef Staatssekretär Ralf Brauksiepe, MdB sowie den Landtagsabgeordneten und stellvertretenden Vorsitzenden des Landtagsausschuss für Arbeit und Soziales und Gesundheit Oskar Burkert begrüßen.

Burkert berichtete vor der Landesmitgliederversammlung über die Schwerpunkte der



Ausschussarbeit in dieser Wahlperiode.

Stephan Brokopf, Oskar Burkert, MdL, Reinhard Assmann, Ulrich Bösl, Ralf Brauksiepe, MdB, Wolfgang Jäger, MdL

Hier ging er besonders auf Pflegesituation und Gesundheitspolitik ein. Ralf Brauksiepe berichtete über die Bemühungen von CDA und CDU um mehr Rentengerechtigkeit. Ferner berichtete er über CDA aktuelles und erwähnte auch, dass ein Mitglied der CGB/CDA AG, nämlich die CGM Kollegin Monica Wüllner in den CDU Bundesvorstand gewählt worden sei.

Ulrich Bösl gab für den Landesvorstand der CGB einen Bericht über die Arbeit der letzten Jahre. Besonders betonte er auch das gute Verhältnis zwischen CGB und CDA NRW.

Im Anschluss an die CGB Landesvorstandssitzung fand die Landestagung der CGB/CDA AG NRW statt bei der Wahlen zum Landesvorstand durchgeführt wurden. Unter Wahlleitung von Ralf Brauksiepe wurde Ulrich Bösl (CGPT) als Landesvorsitzender der CGB/CDA Arbeitsgemeinschaft wiedergewählt. Sein Stellvertreter ist Stefan Brokopf (CGM). Beisitzer sind Reinhard Assmann (KFG) und Franz Heitbaum (GÖD).

PM CGB vom 21. Januar 2013

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.